

Nr. 303 | 06.12.2022

Polen-Analysen

Energiekrise in Polen

■ ANALYSE	
Polen vor dem Winter – die Schlacht im Energiesektor	2
Michał Olszewski, Krakau	
■ STATISTIK	
Daten zur polnischen Energiewirtschaft	7
■ UMFragen	
Umfragen zur Einschätzung der energetischen Situation der Privathaushalte	10
■ CHRONIK	
15. November 2022 – 05. Dezember 2022	12

Die nächste Ausgabe der Polen-Analysen erscheint nach der Weihnachtspause am 17. Januar 2023. Die Redaktion der Polen-Analysen wünscht ihren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes, gesundes und erfolgreiches Jahr 2023!

Polen vor dem Winter – die Schlacht im Energiesektor

Michał Olszewski, Krakau

DOI: 10.31205/PA.303.01

Zusammenfassung

Polen steht, wie der Rest Europas, vor einem harten Winter. Auf die drastischen Strom- und Heizkostenerhöhungen reagiert der Staat mit verschiedenen Instrumenten, die den Verbrauchern zugutekommen. Die hohen Preise resultieren aus dem Embargo auf russische Rohstoffe, vor allem Kohle, die ca. 65 Prozent des polnischen Energiemixes ausmacht. Ungeachtet vielerlei Kritikpunkte an der deutschen Energiepolitik durch die polnische Regierung, bezog Polen bisher bis zu 75 Prozent der Kohleimporte aus Russland. Staatliche Energieerzeuger melden dagegen Rekordeinnahmen aufgrund der hohen Gewinnspannen. Ein Problem stellen die in den letzten Jahren ausgebliebenen Investitionen im Energiesektor, vor allem die Vernachlässigung der erneuerbaren Energiequellen und der Austausch von ineffizienten Heizöfen. Die Stärkung des Kohleverbrauchs kann zwar die Angst vor kalten Wohnungen nehmen, trägt aber zur schlechten Luftqualität bei.

Noch vor nicht allzu langer Zeit waren die Strompreise in Polen niedrig. Im Herbst 2021 war der polnische Strommarkt sogar der drittgünstigste in Europa. Das Internetportal zu Energiethemen *Wysokie Napięcie* teilte mit, dass der Monatsdurchschnittspreis an der polnischen Strombörse etwas mehr als 100 Euro pro Megawattstunde (MWh) betrug. Billiger war es nur in Schweden und Finnland und teurer sogar in Norwegen, einem der Länder in Europa mit dem billigsten Strompreis. Interessant ist, dass der Warschauer Preis aber bereits doppelt so hoch war wie im Jahr 2020, als Polen einige Monate der teuerste Großhandelsmarkt in Europa war. Im Herbst 2021 drehte sich das Strompreiskarussell nach Belieben. Die Gründe waren vor allem:

- die steigenden Preise für Gas, das in Westeuropa verstromt wird;
- die steigenden Preise für CO₂-Zertifikate (sie stiegen mehr als doppelt so hoch);
- die immer größere Nachfrage nach Kohle, deren Preis gegenüber Gas konkurrenzfähig war.

Die Individualverbraucher in Polen haben damals allerdings nicht wahrgenommen, dass sich ein Szenario zu verwirklichen beginnt, vor dem unabhängige Energieexperten seit Jahren gewarnt haben. Sie wiesen darauf hin, dass die lange Jahre vernachlässigten Investitionen im Energiesektor und der fortwährend hohe Anteil von Stein- und Braunkohle im polnischen Energiemix (ca. 65 Prozent) früher oder später Probleme für Polen nach sich ziehen wird. Auch hat sich niemand um die Warnungen gekümmert, dass die niedrigen Preise für die CO₂-Zertifikate schließlich einmal in die Höhe schießen müssen. Trotz der dramatischen Probleme, mit denen sich die Europäische Union konfrontiert sieht, blieb die ökologische Politik der EU unverändert und setzt weiter auf schnellstmögliche Dekarbonisierung. Doch anstatt Lösungen zu suchen, ziehen es die Politiker der seit

2015 Polen regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) vor, die Verantwortung auf die EU zu schieben. Die Folgen fasst Maciej Bukowski, Vorsitzender des Thinktanks *Wise Europe* im Internetportal zu Energiefragen *BiznesAlert* einigermaßen bitter zusammen: »Die Mehrheit der polnischen Kraftwerke, die das polnische Stromnetz bedienen, sowie der Heizkraftwerke in den Städten ist schon so alt, dass sie an die Grenze zum technischen Verschleiß stoßen. Gleichzeitig geht der Investitionsprozess im Schneckentempo voran, denn er wird von der strategischen Ambivalenz und der operativen Ineffektivität des polnischen Staates erstickt. Anstatt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Energiepreise zu lenken und der Europäischen Union für diese die Schuld zu geben, sollten wir uns lieber eingestehen, dass die Preise infolge unserer eigenen Untätigkeit bei Investitionen einige Zeit höher liegen werden als früher und höher sein werden als in den Nachbarländern. Wir haben einen Großteil der Zeit für den Bau neuer, Nullemissions-Kraftwerke und die Wärmeisolierung von Gebäuden in großem Ausmaß verschlafen und die Einnahmen aus der Kohlesteuer (heute bereits über ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts) nicht für Investitionen in neue Heizkraftwerke oder den Ausbau erneuerbarer Energien genutzt, sondern für Transfers und Konsum.«

Die verzweifelte Suche nach Einsparmöglichkeiten

Nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine (Februar 2022) drehte sich die vom Staat nicht kontrollierte Preisspirale immer schneller. Zu den hohen Preisen für Gas und CO₂-Zertifikate kam ein dramatischer Preisanstieg für Kohle. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine und das im Juni beschlossene Öl-Embargo der EU gegenüber Russland haben das

Ganze nur noch ergänzt. Bereits im April 2022 warnte die NGO *Polski Alarm Smogowy*, dass der Preis für Kohle um über 100 Prozent im Jahresvergleich gestiegen ist. Seitdem hat sich die Situation noch verschlechtert, was in der Praxis dann so aussieht: Der Besitzer eines neuen Hauses mit einer Fläche von 150 m², das mit einer Kohleheizung beheizt wird, braucht ca. sieben Tonnen Kohle für eine Heizperiode. Im Herbst 2021 bedeutete das Gesamtausgaben von ca. 10.000 Zloty. Im Herbst und Winter 2022 wird er ca. 22.000 Zloty ausgeben müssen. Eine noch größere Dynamik nehmen die Preissteigerungen bei Strom und Gas an, so dass die Verbraucher, sowohl die Individualverbraucher als auch die Kommunen, horrende Preiserhöhungen erwarten, die die Budgets ruinieren werden. So kommt es in Polen zu ungewöhnlichen Reaktionen: Besitzer von Einfamilienhäusern haben im Sommer einen Kredit für den Kauf von Heizmaterial aufgenommen und immer mehr Städte informieren über geplante Sparmaßnahmen. In den Schulen soll die Temperatur gedrosselt werden und im Falle eines harten Winters werden die Kinder wahrscheinlich zu Hause lernen; einige Kommunen kündigten an, dass sie die Straßenbeleuchtung wie in der Zeit der Corona-Pandemie reduzieren werden. Allein Krakau (Kraków) schätzt, dass die Kosten für den Energieverbrauch im Jahr 2023 um 400 Mio. Zloty steigen werden.

Zweifelloos nutzte die *PiS* den Krieg in der Ukraine umgehend dafür aus, um ihre ohnehin deutlich anti-deutsche Rhetorik zu verstärken. Endlich kam der ersehnte Augenblick, dass der westliche Nachbar an den Pranger gestellt und für alle Sünden verhöhnt werden konnte. Was hat das mit den Strompreisen zu tun? Die deutsche Energiepolitik diente als Vorwand. Natürlich ist diese zu einem Teil aus Sicht der polnischen Staatsräson nicht zu rechtfertigen. Der Krieg bestätigte nur, was polnische Experten und Politiker unabhängig vom politischen Lager seit vielen Jahren sagten: Die Gaspipeline Nord Stream 2 ist ein Instrument, um die Position Polens zu schwächen und die Russische Föderation zu stärken, und die Verlagerung des Gaslieferweges nach Deutschland vom Landweg auf die Nord Stream Pipelines dient allein diesem Zweck. Das ändert aber nichts daran, dass die Schelte und moralische Überheblichkeit von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, der an den deutschen Partnern kein gutes Haar ließ, peinlich war. »Nicht nur Gas wird durch die Rohre von Nord Stream 2 fließen und nicht nur Gas fließt durch Nord Stream 1. Man muss aussprechen, dass durch diese Pipelines auch das Blut unschuldiger Menschen fließt«, sagte Morawiecki Anfang März, als er zum Embargo russischer Energieträger und zur Blockade der Inbetriebnahme von Nord Stream 2 aufrief. Anschließend, als die Sanktionen in Kraft getreten waren, fügte er im Gespräch mit der Polnischen Presseagentur (*PAP*) hinzu: »Die russi-

sche Wirtschaft erhielt einen mächtigen Schlag, ungeheure Verluste. Aber man darf sich nicht täuschen lassen. Täglich wird diese Wirtschaft auch mit harter Währung aus dem Verkauf von Kohle und Gas gestärkt.«

Und hier liegt der Hund begraben. Die Daten des Statistischen Hauptamtes (*Główny Urząd Statystyczny – GUS*), die das Ausmaß der Abhängigkeit des polnischen Energiemarktes von Russland zeigen, sind erbarmungslos: Allein im Jahr 2021 gab Polen für russisches Dieselöl 8,8 Mrd. Zloty aus, für russisches Rohöl 25 Mrd. Zloty, für russische Kohle 2,5 Mrd. Zloty und für russisches Erdgas, das über Pipelines transportiert wird, 2,2 Mrd. Zloty. Am wenigsten zahlten wir mit nur 0,6 Mrd. Zloty für LPG (Flüssiggas). Der Nachrichten-Website *Business Insider* zufolge kam ungefähr die Hälfte der Summen dem russischen Staatshaushalt zugute und ein Zehntel davon saugte die russische Armee auf. Derlei unbequeme Daten gibt es mehr. Zum Beispiel kommen 75 Prozent der nach Polen importierten Kohle eben aus Russland. Betrachtet man die Individualabnehmer, die Heizkraftwerke der Wohnsiedlungen und den kommunalen Sektor sehen die Statistiken noch eindeutiger aus: Bis zu 90 Prozent der importierten Kohle kommt aus Russland. Die russische Kohle, das ist unanfechtbar, hat eine gute Qualität und einen guten Heizwert und ist in der Förderung generell billiger als die polnische Kohle. Die Situation ist nun folgende, dass diesen Winter ca. fünf Millionen Tonnen Kohle in den polnischen Privathaushalten fehlen werden, die zuvor aus Russland eingeführt wurden.

Fassen wir zusammen: Allein im vergangenen Jahr gab der polnische Staatshaushalt für den Einkauf von Brennstoffen in Russland fast 40 Mrd. Zloty (8,5 Mrd. Euro) aus. Dem Thinktank *Forum Energii* zufolge gehörte Polen in den letzten Jahren zu dem Kreis von EU-Ländern, die vom Import von Brennstoffen am stärksten abhängig waren. Deren Löwenanteil kommt aus dem Osten. Aus der Perspektive der letzten zwanzig Jahre sehen die Daten noch erschreckender aus. »In den letzten Jahren erzielte Russland dank der Lieferverträge mit Polen 698 Mrd. Zloty für Öl und 36 Mrd. Zloty für Kohle – insgesamt mehr als 733 Mrd. Zloty, Gaslieferungen nicht inbegriffen«, schreiben die Experten von *Forum Energii* in ihrer aktuellen Analyse.

Demnach fließt also nicht nur nach Deutschland das »Blut unschuldiger Menschen«. Dank dieses Blutes war es auch in den polnischen Einfamilienhäusern warm und die Autos blieben nicht in der Garage. Von diesem Blut gäbe es in Polen deutlich weniger, wenn die *PiS* nicht die Entwicklung der Windenergie blockieren, die EU-Klimapolitik verzögern und kein generell tiefes Misstrauen gegenüber den erneuerbaren Energien hegen würde, die ebenfalls als feindliche Machenschaften Berlins gelten. Damit ich richtig verstanden werde: Mateusz

Morawiecki hatte Recht, als er zum EU-Embargo auf die russischen Rohstoffe aufrief, auch wenn das für die polnische Gesellschaft eine sehr kostspielige Geste werden wird. Bei dieser Gelegenheit betrieb er allerdings eine peinliche und äußerst scheinheilige antideutsche Rhetorik. Das war ein fundamentaler Fehler: Anstatt zu rügen, sollte er lieber Ideen für die schnelle und schwierige Energietransformation suchen, damit die Rohstoffe aus Russland nicht die Basis der polnischen und europäischen Wirtschaft bleiben. Stattdessen trat die polnische Seite mit der seit einigen Jahren klassischen Botschaft hervor, dass an allem Deutschland schuld sei.

Kurz vor dem Winter

Die schwierige Lage der polnischen Verbraucher änderte das in keiner Weise. Die Energiesituation in Polen kurz vor dem Winter sieht folgendermaßen aus:

- Die Strompreise an der polnischen Energiebörse (*Towarowa Giełda Energii*) erreichten im August 2022 350 Euro pro MWh, was eine Verdreifachung im Vergleich zum Vorjahr ist;
- die Preise für die CO₂-Zertifikate stiegen auf 100 Euro pro Tonne, was eine Verdoppelung im Vergleich zum Vorjahr ist;
- die Preise für polnische Kohle verdoppelten sich ebenfalls im Vergleich zum Vorjahr.

Allein diese drei Faktoren (von der hohen Inflation ganz zu schweigen) ergeben für die polnische Ökonomie eine katastrophale Situation. Zu sagen, dass die Energierechnungen kometenartig steigen, gibt die Situation nicht einmal annähernd wieder. Einige Beispiele: Für die Jagiellonen-Universität in Krakau steigen die Stromrechnungen von 27 Mio. Zloty auf 181 Mio. Zloty, was die Liquidität einer der wichtigsten polnischen Hochschulen gefährdet. Die Kommunen schalten in großem Stil die Straßenbeleuchtung ab oder reduzieren sie zumindest drastisch. In der südpolnischen Gemeinde Nowy Targ beschlossen die lokalen Behörden, nachdem die Stromrechnungen um das Siebenfache gestiegen waren, nicht mehr im gesamten Gebiet die Nachtbeleuchtung anzuschalten. In der südostpolnischen Kleinstadt Krosno wird es nach Mitternacht auf den Straßen vollkommen dunkel. Mehrfach höhere Rechnungen erhalten Krankenhäuser, Unternehmen, kommunale Betriebe und Bildungseinrichtungen. Angebote für Stromlieferungen sind drastisch: Beispielsweise hat in Posen (Poznań) nur ein Lieferant ein Angebot gemacht und dies lag um 370 Prozent höher als aktuell. In Allenstein (Olsztyn) setzt ein Anbieter 2.800 Zloty für eine Megawattstunde an – zurzeit zahlt die Stadt 437 Zloty/MWh, was bedeutet, dass sie im kommenden Jahr ihre Stromausgaben auf 41 Mio. Zloty erhöhen muss. »Die Gesamtgebühr für Energie soll im kommenden Jahr knapp 950 Mio. Zloty betragen. Das ist mehr als doppelt so viel wie im

Jahr 2022 und dreimal so viel (!!!) wie 2021«, gab der Stadtpräsident von Warschau, Rafał Trzaskowski, in den sozialen Medien bekannt.

Der Anstieg der Stromrechnungen trifft auch die Landwirte, insbesondere diejenigen in Wirtschaftsbereichen mit hohem Stromverbrauch. Ein Bauer berichtete in der Landwirtschaftszeitung *Tygodnik Rolniczy* von den neuen Rechnungen. Bisher zahlte er 23 Groszy für eine Kilowattstunde, die Jahressumme betrug durchschnittlich 7.500 Zloty. »Ich hatte mit dem Stromlieferanten einen Dreijahresvertrag über einen Festpreis unterzeichnet. Dieses Jahr läuft der Vertrag aus. Soweit ich weiß, soll sich der Strom ab dem 1. Januar sogar auf 2,3 Zloty pro Kilowattstunde verteuern. Das heißt, ich müsste dann im Jahr 75.000 Zloty für Strom bezahlen. Das sind Wucherpreise. Zum Glück konnte ich vor anderthalb Jahren eine Photovoltaikanlage installieren. Allerdings deckt sie meinen Strombedarf leider nicht ganz, ich muss also trotzdem viel für Energie zahlen«, erzählte er den Journalisten. All das zeichnet ein düsteres, um nicht zu sagen verzweifertes Bild.

Zuzahlungen gegen Gewinnspannen

Welches Rezept gibt es bei Preiserhöhungen? Die polnische Regierung macht sich – wie andere Regierungen in Europa auch – ernsthafte Sorgen, dass gesellschaftliche Proteste ausbrechen können. Die eindringliche Warnung von Bundeskanzler Olaf Scholz, dass deutlich höhere Rechnungen »sozialer Sprengstoff« für Deutschland sind, wurde auch in Warschau gehört. Das Rezept werden also schnelle und an den Symptomen orientierte Maßnahmen in Form eines komplizierten Systems von Hilfeleistungen für die Verbraucher sein. Polen stellt hier keine Ausnahme dar, ähnliche Aktivitäten unternehmen auch andere Länder. Zum Beispiel reduzierte Italien die Steuer auf Benzin, Diesel sowie Gas und auch die Stromkosten für Privathaushalte und kleinere Unternehmen werden niedriger gehalten. Ähnliche Lösungen führten auch Frankreich und Deutschland ein. In Polen warnte das Amt für die Regulierung des Energiemarktes (*Urząd Regulacji Energetyki – URE*), dass die Strompreise für die Verbraucher im Jahr 2022 um 180 Prozent steigen können. Die Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* rechnete aus, dass bereits im August 2022 der Preis an der Börse um 290 Prozent höher lag als derjenige, den die Verbraucher zahlen. Die Gaspreise für die Individualverbraucher stiegen im Jahresvergleich um fast 100 Prozent und sind dabei sogar deutlich abgesenkt gegenüber den Marktpreisen. Die Differenz deckt die Regierung, die an die Anbieter Ausgleichszahlungen abführt. Die Strompreise stiegen in diesem Jahr um 37 Prozent und werden zurzeit auf einen Zloty pro Kilowattstunde gedrückt. Unternehmen, Bäckereien, Geschäfte und Dienstleistungen zahlen dagegen den

Marktpreis, also 1,4 Zloty pro kWh. Vor einem Jahr lag er bei knapp einem Zloty.

Was also ist das Heilmittel? Die Liste der Zuzahlungen, Ausgleichszahlungen, Ausnahmen und Erleichterungen ist sehr kompliziert. Sie lässt sich folgendermaßen systematisieren:

- 1) Die **Kohlezulage** ist eine einmalige Zahlung in Höhe von 3.000 Zloty, die den Preisanstieg bei Kohle kompensieren und die ärmsten Bürger vor Energiearmut schützen soll.
- 2) Im Rahmen des sog. **Solidaritätsschutzschildes friert die Regierung die Strompreise ein** und führt drei Grenzwerte für den Verbrauch ein:
 - Verbrauch bis zu 2.000 kWh jährlich (niedrige Stufe),
 - Verbrauch bis zu 2.600 kWh jährlich im Falle von Haushalten, in denen Menschen mit Behinderung leben (höhere Stufe),
 - Verbrauch bis zu 3.000 kWh jährlich (höchste Stufe) für Landwirte und kinderreiche Haushalte (Inhaber des »Ausweises großer Familien«, inbegriffen sind Senioren, die den Ausweis besitzen und mindestens drei Kinder aufgezogen haben).

Personen, die die genannten Stufen nicht überschreiten, können davon ausgehen, dass der Strompreis auf dem Niveau des Jahres 2022 beibehalten wird. Wird mehr Strom verbraucht, richtet sich der Preis nach den neuen Sätzen des Jahres 2023. Welche Sätze sind dies? Im Jahr 2023 kann der Vorstand des *URE* Tarifierhöhungen von bis zu 180 Prozent akzeptieren, wobei manche Prognosen sogar 300 Prozent für die Privathaushalte in Aussicht stellen. Der höhere Preis für eine Kilowattstunde soll für den Verbrauch über dem gesetzten Limit gelten. Das heißt, wenn jemand keinen »Ausweis großer Familien« (dieser berechtigt ein Paar mit mindestens drei Kindern, Ermäßigungen zu erhalten) und kein Familienmitglied mit Behinderung hat und beispielsweise 3.000 kWh Strom im Jahr verbraucht (also mit 1.000 kWh über der niedrigen Stufe von 2.000 kWh liegt), dann gilt der höhere Preis ausschließlich für die 1.000 kWh über dem Grenzwert und die Kosten für den Verbrauch der 2.000 kWh in dieser Rechnung werden vom festgelegten Preis bestimmt. Doch auch diejenigen, deren Stromverbrauch innerhalb des Rahmens von 2.000 kWh liegt, werden Kostenerhöhungen nicht entgehen, zum Beispiel höheren Netzgebühren und dem Wiederhochfahren der Mehrwertsteuer im kommenden Jahr auf die ursprünglichen 23 Prozent.

Experten zufolge kann bei Überschreitung des Grenzwertes, Erhöhung der Kosten für den tatsächlichen Stromverbrauch, Kostensteigerungen für die Bereitstellung, Wiedereinführung der ursprünglichen Mehrwertsteuer u.ä. ein Privathaushalt mit

Mehrkosten in Höhe von 28 Prozent bei einem Jahresstromverbrauch von 2.600 kWh und in Höhe von 19 Prozent bei einem Jahresverbrauch von 5.000 kWh rechnen.

Für Privathaushalte, deren Hauptwärmequelle eine Wärmepumpe oder Elektroheizung ist, plante die Regierung eine zusätzliche Hilfe. Die **Zuzahlung für Strom** im Jahr 2022 ist eine Einmalzahlung, die bar ausgezahlt oder überwiesen wird. Das Gesetz sieht zwei Stufen vor:

- 1.000 Zloty erhalten Privathaushalte, deren Stromverbrauch im Jahr 2021 bis zu fünf Megawattstunden beträgt und ich im normalen Rahmen bewegt;
 - 1.500 Zloty, wenn der Stromverbrauch fünf Megawattstunden übersteigt.
- 3) Vorgesehen sind außerdem **Zuzahlungen für andere Wärmequellen**: Holzpellets und andere Arten Biomasse – 3.000 Zloty, Heizöl – 2.000 Zloty, Brennholz – 1.000 Zloty, LPG (Flüssiggas) – 500 Zloty.

An den Versuchen der Regierung, die Energiepreise in Schach zu halten und die Folgen von Kostenerhöhungen abzumildern, ist nichts Schlechtes und sie stellen auch nichts Außergewöhnliches dar. Vor dem Hintergrund des andauernden Krieges in der Ukraine und der Dynamik des Energiemarktes geht von den Maßnahmen auch eine besänftigende Wirkung aus, um sozialen Unruhen entgegenzuwirken, was auch Bundeskanzler Scholz im Blick hatte. In Polen lässt sich aber eine interessante Besonderheit feststellen: Die Bürger zahlen immer mehr, aber gleichzeitig verdienen auch die staatlichen Energiekonzerne immer mehr. Im ersten Quartal 2022 vergrößerte der größte polnische Energiekonzern, *Polska Grupa Energetyczna (PGE)*, seine Einnahmen um 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, ein anderer staatlicher Gigant, *Enea*, um 43 Prozent und *Tauron* sogar um mehr als 50 Prozent.

Wie ist das möglich? Es lohnt sich hier, die Lage am Braunkohlemarkt zu betrachten, wo die Kosten für den Kohleabbau relativ niedrig sind. Im Mai 2022, als die Strompreise für 2023 mit ca. 300 Euro pro MWh durch die Decke gingen (die Energielieferverträge werden mit großem Vorlauf geschlossen), betrug die Gewinnspanne der Energiekonzerne (nach Abzug der Kosten für den Kauf von Emissionszertifikaten ca. 60 Prozent des Preises. Ähnlich ist die Situation am Steinkohlemarkt. Aus diesem Grund informierte im Oktober 2022 *Energy Solutions*, ein Consultingunternehmen am Gas- und Strommarkt, das Amt für Wettbewerbs- und Verbraucherschutz (*Urząd Ochrony Konkurencji i Konsumentów – UOKiK*) über den Verdacht wettbewerbsverzerrender Praktiken zweier staatlicher Konzerne – *PGE* und *Enea*. *Energy Solutions* appellierte noch im August erfolglos an die Regierung und die Aufsichtsbehörden, die ihrer Mei-

nung nach überdurchschnittlich hohen Gewinnspannen der Energiekonzerne aufzuklären und Maßnahmen einzuführen, die solche Praktiken unterbinden. Einer der Konzerne erklärte, dass die immer höheren Strompreise nicht den Durchschnittspreis für Kohle und die Kosten für die CO₂-Zertifikate widerspiegeln. Mit anderen Worten, handelte es sich hier um die Frage nach einer realen Höhe des Strompreises. Da die Regierung keine Reaktion zeigte, unternahm *Energy Solutions* formale Schritte und wandte sich an das Amt für Wettbewerbs- und Verbraucherschutz. Eine Antwort steht bis heute aus. Nur soviel ist bekannt, dass die Energiekonzerne die Fragen von *Energy Solutions* als Teil des hybriden Krieges, den Russland gegen Polen führt, betrachten.

Falls der Verdacht von *Energy Solutions* jedoch zumindest teilweise berechtigt ist, erhält man folgendes Bild des polnischen Energiemarktes und des politischen Denkens in Bezug auf die Energiekrise: Die staatlichen Konzerne treiben die Preise hoch, was für den Staatshaushalt mehr Geld bedeutet. Gleichzeitig fließt aus den Staatskassen ein breiter Geldstrom in Form von Zuzahlungen, Beihilfen und Schutzschilden. Allein die Kohlezahlung bedeutet für den Staat Ausgaben in Höhe von mindestens zwölf Milliarden Zloty (2,7 Mrd. Euro). Hinzu kommt, dass die Regierung beim Kampf gegen die Energiekrise schlechte Praktiken im Bereich des Heizens aufrecht erhält und das mit großen Anstrengungen aufgebaute Programm zur Bekämpfung von Smog zerstört. Vorläufigen Daten zufolge, erhalten die Kohlezahlung mindestens drei Millionen Haushalte mit Kohleheizung. Zum größten Teil handelt es sich um minderwertige Öfen, die für die sehr schlechte Luftqualität in Polen verantwortlich sind und schnellstmöglich außer Betrieb gesetzt werden sollten. Ein Zeichen zum Rückzug gaben Kommunalpolitiker der *PiS*, die

das Inkrafttreten des Antismog-Gesetzes der Woiwodschaft Kleinpolen (województwo małopolskie) verzögerten – das erste Gesetz dieser Art in diesem Teil Europas. Die im Januar 2017 verabschiedeten Vorschriften legten fest, dass es ab Anfang 2023 verboten ist, minderwertige Kohleöfen zu nutzen. In den Folgejahren sollten zunehmend strengere Qualitätsanforderungen für Öfen gelten. Die Bürger sollten so animiert werden, ihre minderwertigen Öfen, von denen in Kleinpolen immer noch 119.000 rauchen, gegen moderne Öfen auszutauschen, in die man nicht beliebige Brennstoffe oder Abfälle werfen kann. Kleinpolen ist die erste Woiwodschaft, die solche Vorschriften verabschiedet hat, was von allen anderen Regionen nachgeahmt wurde. Allerdings hat Kleinpolen nun den Krieg und die Unsicherheit in der Weise genutzt, dass es die Möglichkeit, minderwertige Öfen zu betreiben, bis Mitte 2024 ausweitet, so dass die Einwohner der Region weiter mit vergifteter Luft konfrontiert sind.

Das Gespenst der kalten Wohnungen

Die Polen erwartet ein sehr schwieriger Winter. Natürlich müssen die Relationen gewahrt bleiben – es darf die Ukraine nicht aus dem Blick verloren werden, die sich infolge der brutalen Angriffe der Russischen Föderation in eine Eislandschaft verwandeln kann. Wenn allerdings die politische Klasse in Polen ihre Energie nicht bei der Suche nach einem Feind und der Aufrechterhaltung des Kohle-Status quo vergeuden und ihre Zeit stärker für die notwendige Energietransformation einsetzen würde, wäre das Gespenst der eiskalten Heizungen und höllischen Energiepreise nicht ganz so erschreckend.

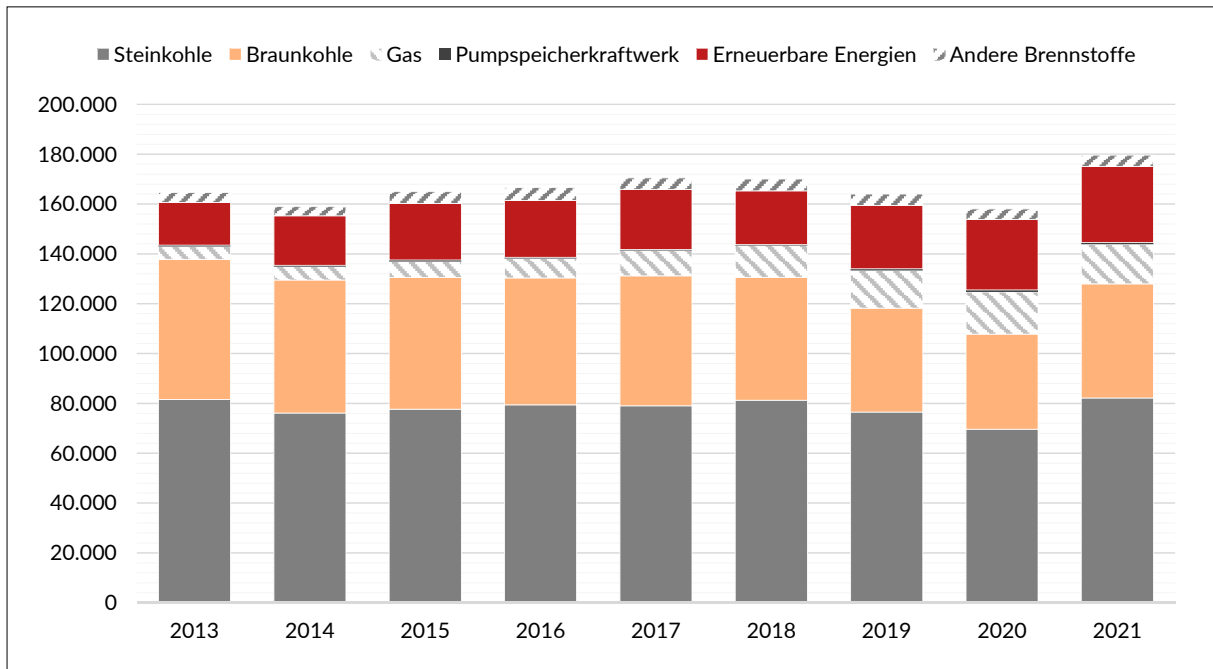
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Michał Olszewski, Schriftsteller, Chefredakteur der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« in Krakau (Kraków), beobachtet und analysiert ökologische Themen seit über 20 Jahren.

Daten zur polnischen Energiewirtschaft

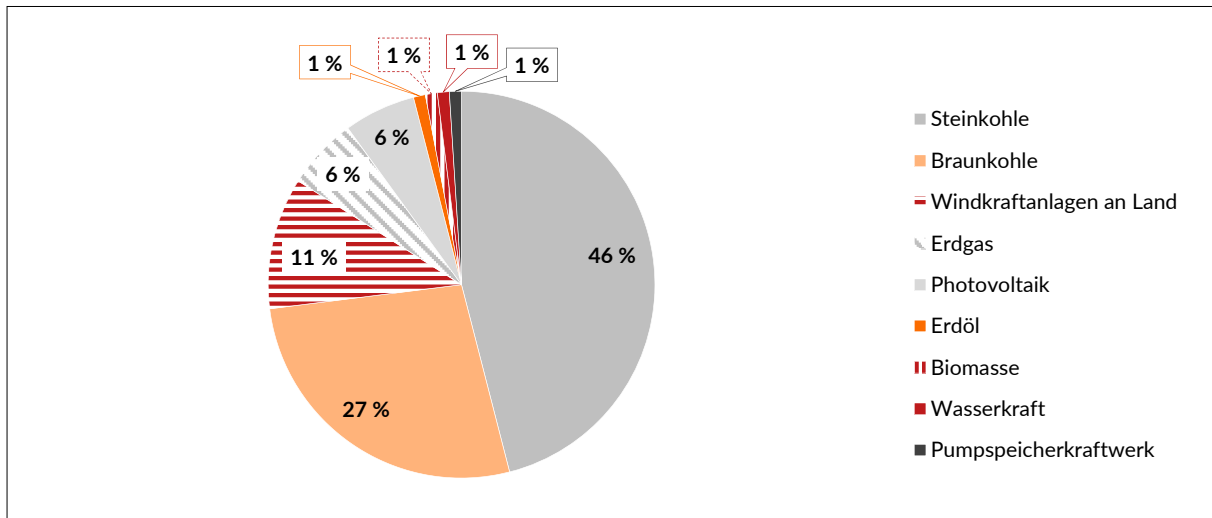
Grafik 1: Die Stromproduktion in Polen nach Energieträgern (2013–2021, GWh)



	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Steinkohle	81.568	76.162	77.693	79.400	79.022	81.257	76.538	69.668	82.143
Braunkohle	56.150	53.365	52.825	50.920	52.166	49.331	41.639	38.148	45.834
Gas	5.247	5.329	6.405	7.831	10.141	12.709	15.131	16.891	15.848
Pumpspeicherkraftwerk	558	551	603	482	474	417	706	819	762
Erneuerbare Energien	17.066	19.841	22.679	22.808	24.050	21.580	25.378	28.248	30.461
Andere Brennstoffe	3.968	3.810	4.739	5.193	4.613	4.745	4.597	4.270	4.583
Insgesamt	164.557	159.058	164.944	166.634	170.465	170.039	163.989	158.043	179.631

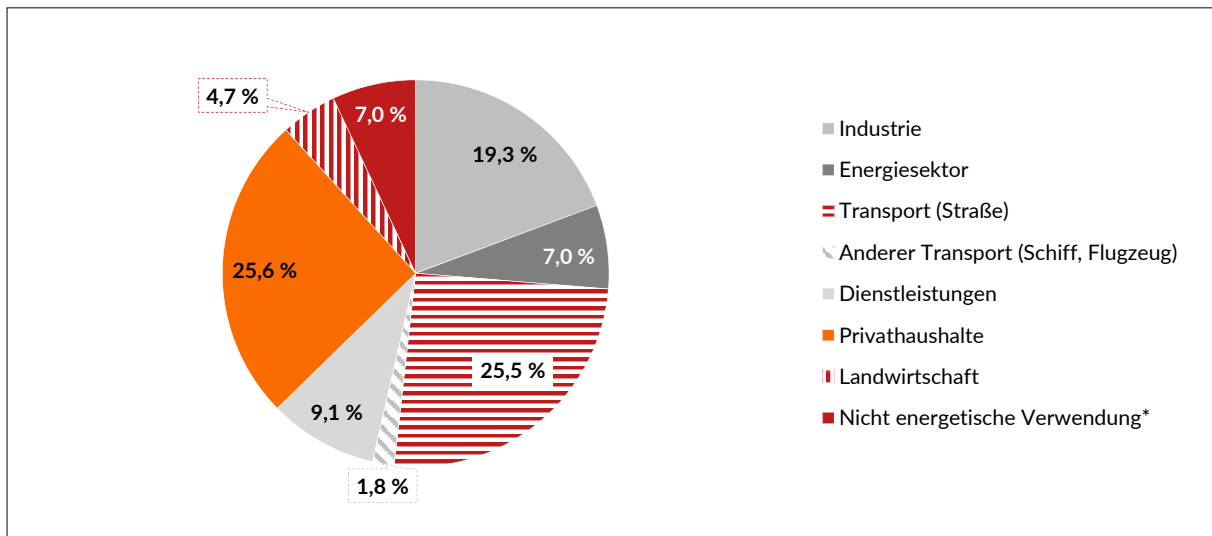
Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Gospodarka paliwowo-energetyczna w latach 2020 i 2021 [Die Brennstoff-Energie-Wirtschaft 2020 und 2021]. Warszawa 2022.

Grafik 2: Die Stromproduktion in Polen nach Energieträgern (1. Dez. 2021 – 1. Dez. 2022, %)



Quelle: Forum Energii. Forumetr. Bilans energii elektrycznej [Strombilanz]. <https://forumetr.forum-energii.eu/> (abgerufen am 01.12.2022).

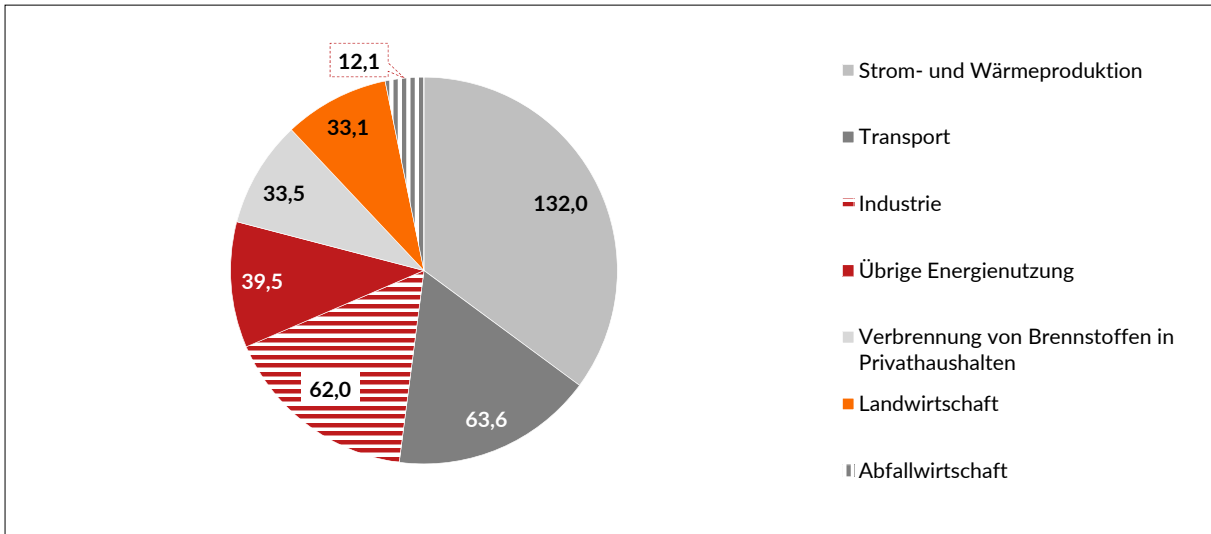
Grafik 3: Der Energieverbrauch in Polen nach Sektoren (2020, %)



*Zum Beispiel die Nutzung von Erdgas bei der Herstellung von synthetischem Ammoniak

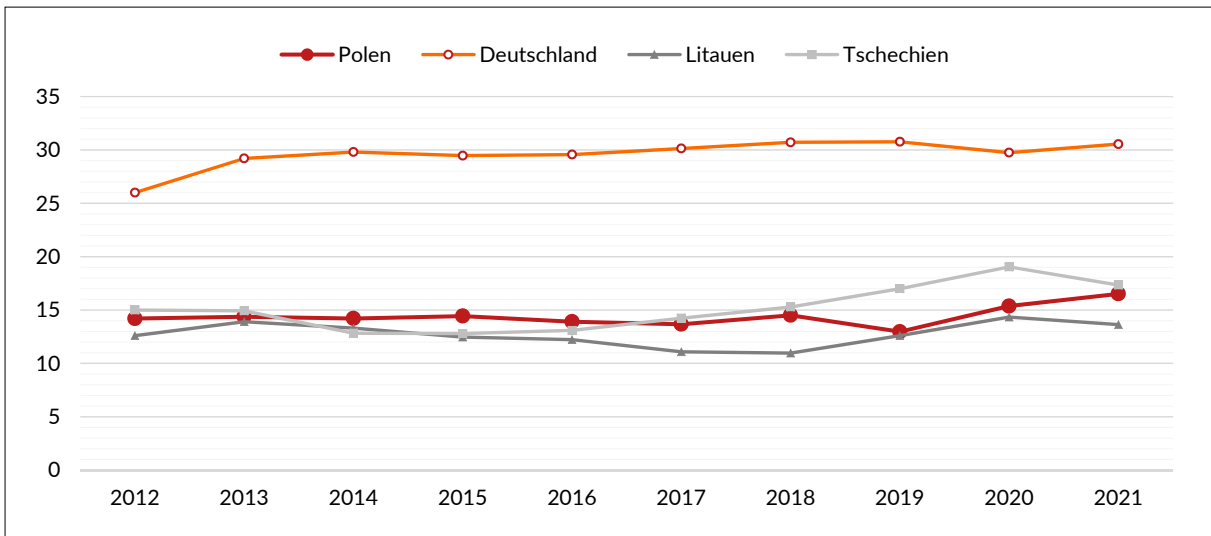
Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Gospodarka paliwowo-energetyczna w latach 2020 i 2021 [Die Brennstoff-Energie-Wirtschaft 2020 und 2021]. Warszawa 2022.

Grafik 4: Die Struktur der Treibhausgasemissionen in Polen (2021, in Megatonnen CO₂-Äquivalente)



Quelle: Forum Energii: Dane o energetyce za rok 2021 [Daten zum Energiesektor 2021]. <https://www.forum-energii.eu/pl/dane-o-energetyce/za-rok-2021> (abgerufen am 02.12.2022).

Grafik 5: Vergleich der Strompreise für Privathaushalte (div. Länder, 1. Quartal, 2012–2021, Eurocent/kWh)



	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Polen	14,2	14,37	14,21	14,43	13,91	13,67	14,51	12,97	15,37	16,52
Deutschland	26	29,21	29,81	29,47	29,57	30,14	30,72	30,77	29,75	30,55
Litauen	12,6	13,91	13,3	12,47	12,23	11,08	10,96	12,6	14,34	13,63
Tschechien	15	14,93	12,83	12,79	13,09	14,24	15,29	17	19,04	17,34

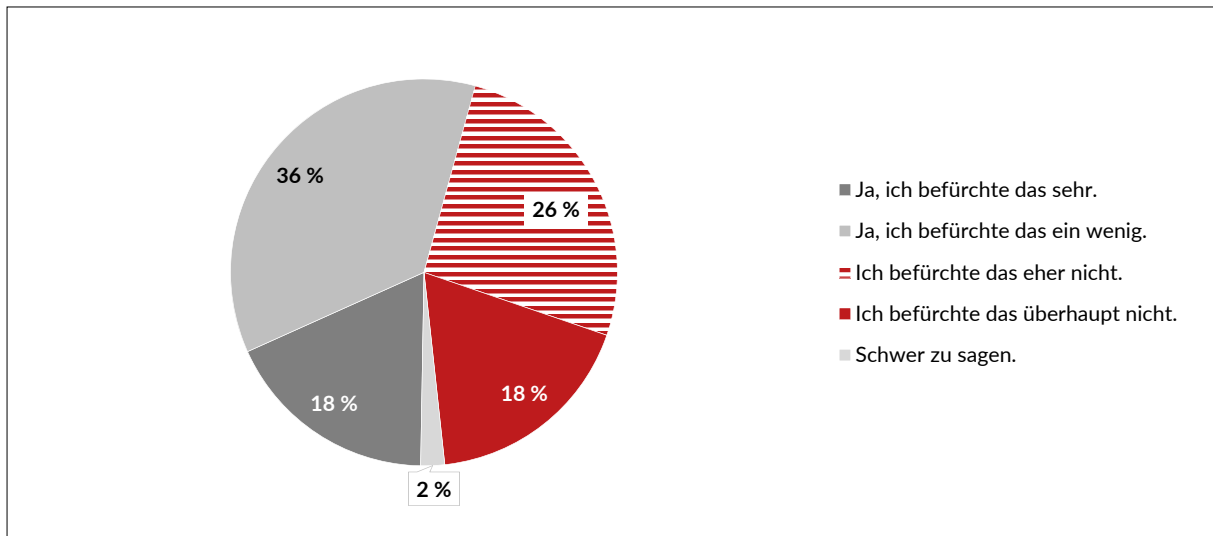
Der Strompreis für Privathaushalte wird von vielen Faktoren bestimmt, insbesondere von der Steuerpolitik und dem Regelwerk des betreffenden Staates. Der Preis ist kein Spiegelbild der Energiehandelspreise an der Energiebörse.

Quelle: Forum Energii: Dane o energetyce za rok 2021 [Daten zum Energiesektor 2021]. <https://www.forum-energii.eu/pl/dane-o-energetyce/za-rok-2021> (abgerufen am 02.12.2022).

UMFRAGEN

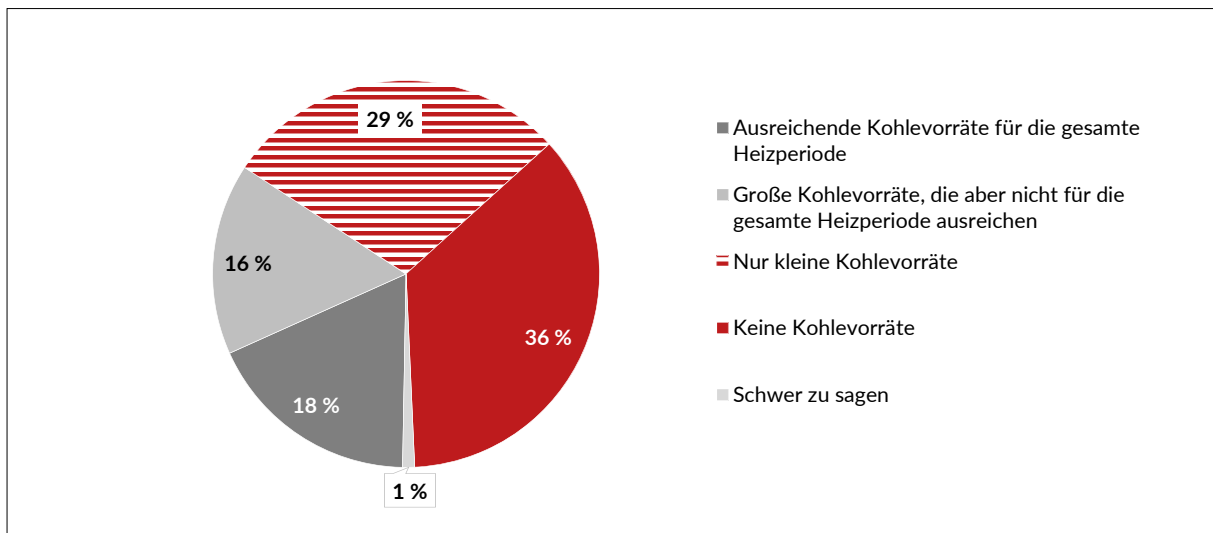
Umfragen zur Einschätzung der energetischen Situation der Privathaushalte

Grafik 1: Befürchten Sie, dass Sie Probleme haben werden, Ihr Haus/Ihre Wohnung in dieser Heizperiode zu beheizen? (Polen, Oktober 2022, %)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 133/2022: Jak przetrwać kryzys energetyczny [Wie übersteht man die Energiekrise]. Warszawa 10/2022. www.cbos.pl

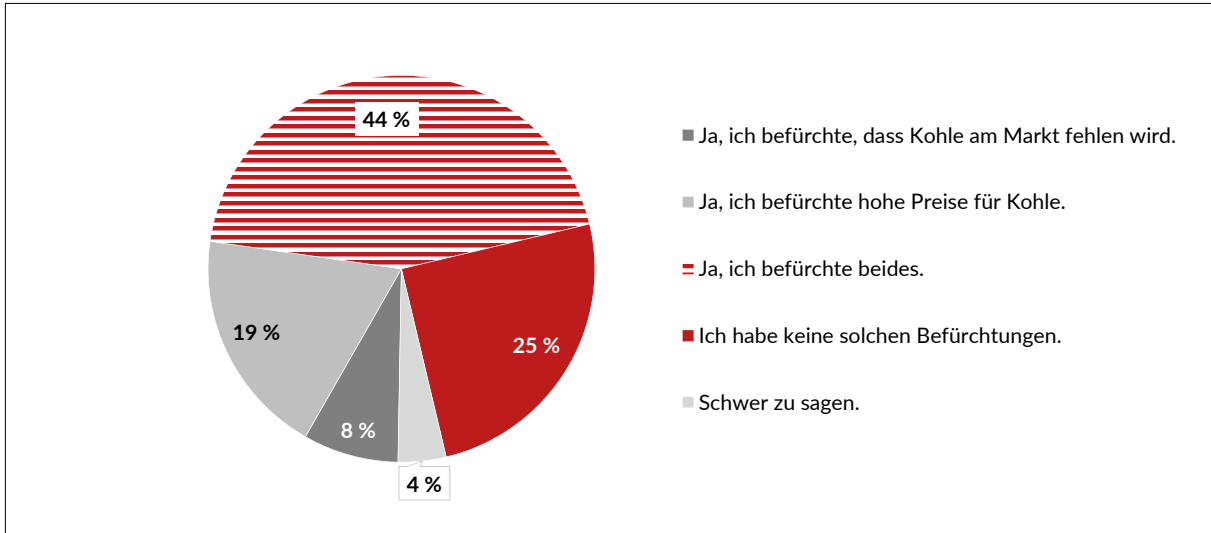
Grafik 2: Hat Ihr Haushalt Kohlevorräte für die bevorstehende Heizperiode? (Polen, Oktober 2022, %)*



*Antworten von Personen mit eigenen Kohleöfen oder Kohlekesseln.

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 133/2022: Jak przetrwać kryzys energetyczny [Wie übersteht man die Energiekrise]. Warszawa 10/2022. www.cbos.pl

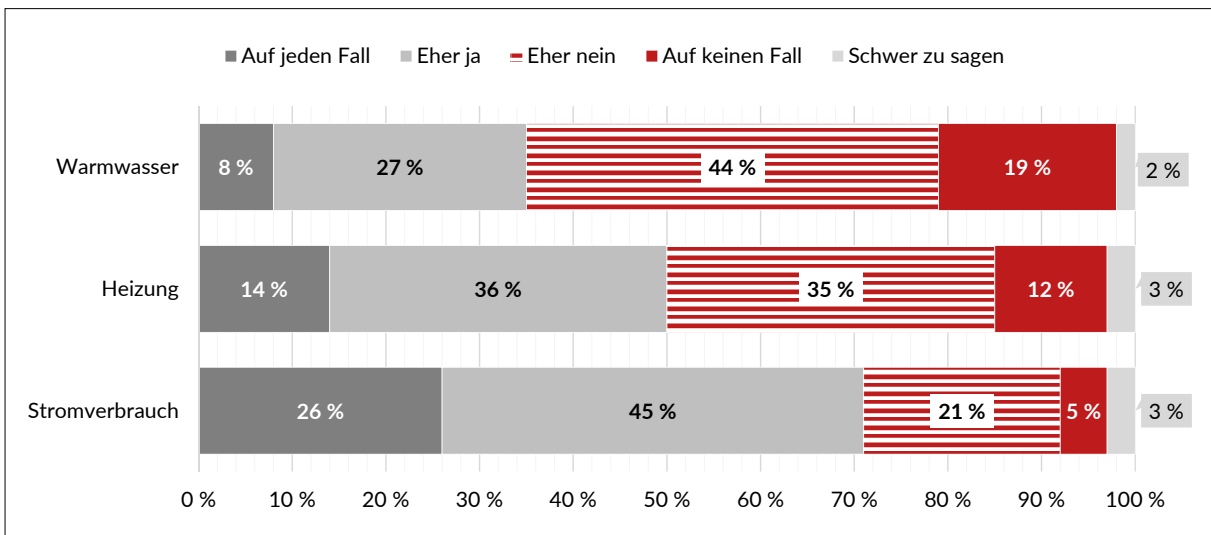
Grafik 3: Werden Sie/Ihr Haushalt voraussichtlich Probleme haben, sich in dieser Heizperiode mit Kohle zu versorgen? (Polen, Oktober 2022, %)*



*Antworten von Personen mit eigenen Kohleöfen oder Kohlekesseln.

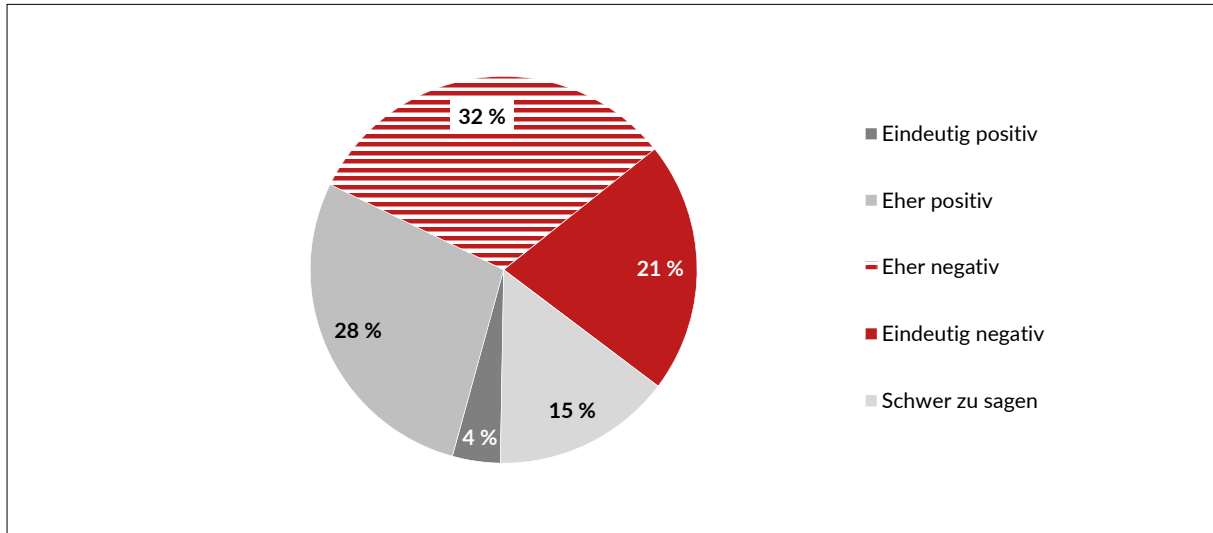
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 133/2022: Jak przetrwać kryzys energetyczny [Wie übersteht man die Energiekrise]. Warszawa 10/2022. www.cbos.pl

Grafik 4: Planen Sie in den kommenden Monaten, den Verbrauch/die Nutzung von... zu reduzieren? (Oktober 2022, %)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 133/2022: Jak przetrwać kryzys energetyczny [Wie übersteht man die Energiekrise]. Warszawa 10/2022. www.cbos.pl

Grafik 5: Wie beurteilen Sie die Maßnahmen der Regierung zur Beschränkung der Strom- und Heizkosten? (Polen, Oktober 2022, %)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 133/2022: Jak przetrwać kryzys energetyczny [Wie übersteht man die Energiekrise]. Warszawa 10/2022. www.cbos.pl

CHRONIK

15. November 2022 – 05. Dezember 2022

15.11.2022	Nach dem Treffen der Verteidigungsminister der EU-Staaten sagt Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak, dass in der Europäischen Union, u. a. in Polen und Deutschland, militärische Schulungen für die ukrainischen Streitkräfte durchgeführt werden. Die operative Führung befinde sich in Polen am Militärstützpunkt in Wędrzyn (Woiwodschaft Lebus/województwo lubuskie).
15.11.2022	Im Dorf Przewodów nahe der ukrainischen Grenze (Woiwodschaft Lublin/województwo lubelskie) kommt es am Nachmittag zu einem Raketeneinschlag. Zwei polnische Staatsbürger werden getötet. Zeitgleich findet ein massiver Raketenangriff Russlands auf ukrainische Gebiete, auch im Westen der Ukraine, statt. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki ruft eine Sondersitzung des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego – BBN) ein. Präsident Andrzej Duda telefoniert anschließend mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, US-Präsident Joe Biden, dem Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, dem Premierminister Großbritanniens, Rishi Sunak, und Bundeskanzler Olaf Scholz. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock sagt Polen die Solidarität Deutschlands zu. Selenskyj zeigt sich überzeugt, dass es sich um eine von den russischen Streitkräften abgeschossene russische Rakete handele. Teile der polnischen Streitkräfte werden in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt. Duda betont auf einer Pressekonferenz am Abend, dass die Untersuchung des Vorfalls läuft und noch keine verlässlichen Angaben zum Verursacher und Verlauf gemacht werden können. Biden habe Unterstützung bei den Ermittlungen durch US-amerikanische Experten zugesagt. In der Nacht bestellt Außenminister Zbigniew Rau den Botschafter der Russischen Föderation in Polen ein und fordert unverzügliche Aufklärung.
15.11.2022	Medienberichten zufolge veröffentlicht das russische Verteidigungsministerium eine Erklärung auf dem Nachrichtenkanal Telegram zum Raketeneinschlag im Dorf Przewodów nahe der ukrainischen Grenze in der Woiwodschaft Lublin (województwo lubelskie) am Nachmittag, bei dem zwei polnische Staatsbürger ums Leben kamen. Die Aussagen polnischer Medien und Behörden, es habe sich um russische Raketen gehandelt, sei eine gezielte Provokation, die eine Eskalation herbeiführen solle. Russland habe keine Ziele in der Nähe der polnisch-ukrainischen Grenze angegriffen, heißt es aus dem Verteidigungsministerium in Moskau.

16.11.2022	Polnischen und deutschen Medienberichten zufolge, die sich auf Informationen aus dem Umfeld des US-amerikanischen Präsidenten sowie der NATO und der US-amerikanischen Presseagentur AP beziehen, handelt es sich bei dem Raketeneinschlag am Vortag im Dorf Przewodów nahe der ukrainischen Grenze in der Woiwodschaft Lublin (województwo lubelskie) mit hoher Wahrscheinlichkeit um einen Raketenirrläufer der ukrainischen Flugabwehr, die sich gegen einen russischen Angriff gerichtet hat. Das lege die Auswertung der Flugbahn nahe. Die Rakete sowjetischer Bauart werden sowohl von ukrainischer als auch russischer Seite im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine eingesetzt. Präsident Andrzej Duda bestätigt die Einschätzung, die sich auf eigene Informationen der polnischen Seite stütze, nach der Sitzung des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego – BBN). Bei dem Einschlag kamen zwei polnische Staatsbürger ums Leben. Darüber hinaus zeigt sich Duda offen für den Wunsch der Ukraine, an der Aufklärung des Vorfalls beteiligt zu werden, die von Polen und den USA betrieben wird.
16.11.2022	Ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums sagt, Deutschland biete Polen Unterstützung bei der Luftraumüberwachung an. Diese könne von Luftwaffenstützpunkten in Deutschland ausgehen, die Jagdflieger der Luftwaffe müssen dafür nicht in Polen stationiert werden. Wenn Polen dies wünsche, könne das »Air Policing« bereits ab dem nächsten Tag erfolgen.
17.11.2022	Nach aktuellen Angaben der Warschauer Behörden hat Warschau seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar ca. 300.000 Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen. Zurzeit befinden sich schätzungsweise 100.000 bis 150.000 Geflüchtete in Warschau. 18.000 ukrainische Kinder gehen in eine Schule oder Vorschule.
19.11.2022	Der Sprecher des Außenministeriums Łukasz Jasina teilt mit, dass der russische Außenminister Sergej Lawrow vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine beim Treffen des Ministerrates der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) Anfang Dezember in Lodz (Łódź) unerwünscht ist. Der russischen Seite sei eine entsprechende diplomatische Note übergeben worden.
20.11.2022	Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht bekräftigt das Angebot Deutschlands, Polen das Raketabwehrsystem Patriot zum Schutz des polnischen Luftraums zur Verfügung zu stellen. Auslöser war der Raketeneinschlag in Polen nahe der ukrainischen Grenze Anfang der Woche. Von Befürchtungen, es habe sich dabei um russische Raketen gehandelt, wurde jedoch Abstand genommen, da es wahrscheinlicher ist, dass es sich um einen Irrläufer ukrainischer Abwehrraketen handelt.
21.11.2022	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak teilt nach einem Telefonat mit Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht mit, dass Polen das von Deutschland angebotene Patriot-Raketabwehrsystem nahe der Grenze zur Ukraine stationieren wolle.
22.11.2022	Nach neuesten Prognosen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2023 um 0,9 % und 2024 um 2,4 % wachsen. Die Arbeitslosenquote wird von 3,5 % (2023) auf 3,8 (2024) ansteigen. Die Schulden des öffentlichen Haushaltes werden 53,6 % im Jahr 2023 des BIP und 54,9 % des BIP 2024 veranschlagt.
23.11.2022	In einem Interview für die Polnische Pressenagentur (Polska Agencja Prasowa – PAP) bezieht sich Jarosław Kaczyński, Parteichef von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), auf das Angebot Deutschlands, Polen ein Patriot-Raketabwehrsystem zur Verfügung zu stellen. Seine persönliche Meinung sei, dass es für die Sicherheit Polens am besten sei, wenn Deutschland die Raketabwehr der Ukraine zur Verfügung stellen und die ukrainischen Truppen dafür schulen würde, unter der Voraussetzung, dass das System in der Westukraine stationiert werden würde. Diese Lösung würde zeigen, dass Deutschland tatsächlich einen Sinneswandel vollzöge und es sich nicht nur um einen »Propagandaakt« handele. Anschließend gibt Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak im Nachrichtenkanal Twitter bekannt, er habe sich an Deutschland gewandt, dass die Polen angebotenen Patriot-Raketen der Ukraine übergeben und an der ukrainischen Westgrenze stationiert werden sollten. So könne die Ukraine vor weiteren Opfern und Stromausfällen durch russischen Raketenbeschuss geschützt werden.
24.11.2022	Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht reagiert zurückhaltend auf Vorschläge der polnischen Regierung vom Vortag, von Deutschland angebotene Patriot-Flugabwehrsysteme nicht Polen, sondern der Ukraine zu überlassen. Die Systeme seien Bestandteil der integrierten Luftverteidigung der NATO und für NATO-Gebiet vorgesehen. Wenn sie außerhalb des NATO-Gebietes eingesetzt werden sollen, müsse das vorher mit der NATO und mit den Alliierten besprochen werden, so Lambrecht.

25.11.2022	Die Regierung und die Woiwoden beraten über eine mögliche neue Flüchtlingswelle aus der Ukraine bei einbrechendem Winter. Thematisiert werden Fragen der Unterkunft, der medizinischen Versorgung und der Logistik sowie der Einsatz der uniformierten Dienste und die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen bei der Flüchtlingsversorgung. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine am 24. Februar bis Oktober wurde in den zentralen Aufnahmepunkten der Woiwodschaften knapp 1,4 Mio. Bürgern der Ukraine Hilfe zuteil; die eingerichteten Massenunterkünfte nahmen ca. 450.000 Geflüchtete auf.
28.11.2022	In einem Telefongespräch mit seinem Amtskollegen der Islamischen Republik Iran, Hossein Amir-Abdollahian, ruft Außenminister Zbigniew Rau den Iran dazu auf, bei den bereits seit Wochen im Iran stattfindenden gesellschaftlichen Protesten, die vonseiten des Regimes blutig niedergeschlagen wurden, keine Gewalt anzuwenden und die Umstände ihres Einsatzes aufzuklären.
29.11.2022	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki gibt die Entscheidung der Regierung bekannt, die Senkung der Mehrwertsteuer für Lebensmittel (Obst, Gemüse, Fleisch, Fisch, Speiseöl, Milch- und Getreideprodukte) auf 0 % um ein halbes Jahr ab dem 1. Januar 2023 zu verlängern. Auf diese Weise sollen die Folgen der Inflation aufgefangen werden. Ursprünglich beträgt die Mehrwertsteuer für die Lebensmittel 5 %.
30.11.2022	Das Ministerium für Klima und Umwelt teilt mit, dass Polen in der vergangenen Woche damit begonnen hat, der Ukraine Ausrüstung für die Energieinfrastruktur zu liefern, die aufgrund des russischen Angriffskrieges zerstört wurde.
01.12.2022	In Warschau findet die feierliche Eröffnung der Botschaft der Republik Island statt. Erster Botschafter Islands in Polen ist Hannes Heimisson. Arkadiusz Mularczyk, Staatssekretär im Außenministerium, unterstreicht die Bedeutung der in Island lebenden Polonia für die »hervorragenden« Beziehungen zwischen den beiden Ländern.
01.12.2022	In Warschau empfängt Ireneusz Zyska, stellvertretender Minister für Klima und Umwelt, eine Delegation aus Island unter dem Vorsitz des neu berufenen Botschafters von Island, Hannes Heimisson. Thema ist die bilaterale Zusammenarbeit im Bereich der Produktion von »grünem Wasserstoff«.
02.12.2022	Präsident Andrzej Duda unterzeichnet eine umfassende Reform des Strafgesetzbuches. U. a. wird das maximale Strafmaß von 25 auf 30 Jahre Freiheitsentzug und die Frist für Verjährung von 30 auf 40 Jahre angehoben. Außerdem wird Auftragsmord und Vorbereitung eines Mordes als neuer Straftatbestand eingeführt.
03.12.2022	In Warschau tagt der Hauptrat der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL). Thematisiert werden die demografische Lage in Polen, der Zusammenhalt zwischen den Generationen und wirtschaftliche Fragen. Die Initiativen werden unter dem Titel »Ehrliches Polen« (Uczciwa Polska) zusammengefasst und sollen auf Veranstaltungen in ganz Polen publik gemacht werden.
05.12.2022	Stanisław Żaryn, Regierungsbeauftragter für Informationssicherheit, teilt im Nachrichtenkanal Twitter mit, dass Belarus Falschmeldungen über Polen und die baltischen Staaten verbreitet. Demnach beschuldige Belarus diese Staaten, Belarus die Souveränität nehmen zu wollen, weshalb Minsk seine Wirtschaft und seine Streitkräfte stärken und mobilisieren sowie seine Zusammenarbeit mit Russland und China vertiefen müsse.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2022 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>